

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 11. Dezember 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/odl>

Haushalte für die Jahre 2014 und 2015 beschlossen

Die Haushalte Bremens stehen unter dem Zeichen der Einhaltung der sogenannten Schuldenbremse ab dem Jahr 2020, wenn ohne weitere Neuverschuldung ausgekommen werden muss. Und sie stehen unter dem Zeichen des Konsolidierungspfads, den das Land Bremen bis 2020 beschreiten muss. Als anerkanntes Haushaltsnotlageland erhält es jährlich bis 2019 jeweils 300 Millionen Euro vom Bund und den Ländern, wenn es seine Sparanstrengungen zur Haushaltskonsolidierung unter Beweis stellt. Hält das Haushaltsgesetz mit quasi einer Punktlandung die Vorgaben ein, so werden auch die Haushalte der kommenden beiden Jahre den Konsolidierungsweg einhalten.



Der haushalts- und finanzpolitische Sprecher Hermann Kuhn ging in der Generaldebatte zunächst auf die jüngste Kritik des Stabilitätsrats in Berlin ein. Zwar habe er Recht mit der Aufforderung an Bremen, die Anstrengungen zu verstärken. Aber bei der Bemängelung des geringer werdenden Sicherheitsabstands bei der möglichen Kreditaufnahme bis zum Jahr 2016 hat er unrecht: Es gibt keine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, die Bremen zwingt, einen Abstand von 200 Millionen Euro als Puffer einzuhalten.

Mit den Änderungsanträgen der rot-grünen Koalition, so Kuhn, werden politische Schwerpunkte ausgebaut, und zwar ohne den Rahmen des Haushaltsentwurf zu sprengen und ohne die Kreditaufnahme zu erhöhen. Diese Schwerpunkte sind: frühkindliche Erziehung und Ausbildung; Bildung als Kern sozialer Teilhabe und der Wirtschaftskraft unserer Gesellschaft; Schwerpunkt ist zudem die Unterstützung des ökologischen Umbaus, auch als Beitrag zum Klimaschutz.

Um diese Schwerpunkte ohne Neuverschuldung zu finanzieren, wird für zwei Jahre auf die sogenannten Impulsmittel verzichtet; die Senatsverwaltungen sind gefordert, für Dienstreisen und ihren Geschäftsbedarf fünf Prozent weniger auszugeben; wegen der guten Entwicklung der Hafengebühren kommen insgesamt drei Millionen Euro aus dem Sondervermögen Hafen. Und nicht zuletzt ist für die nächste Zeit auch mit niedrigeren Zinsen zu rechnen. Schließlich dienen dazu auch die Beschlüsse zu jenen Steuern, auf die Bremen Einfluss hat, wie die Erhöhung der Gewerbesteuer, der Grunderwerbsteuer, die Einführung der City-Tax, aber auch die Anpassung von Gebühren für staatliche Leistungen.

„Arm sein ist teuer“, diesen alten Satz sieht Hermann Kuhn bestätigt, denn Bremen ist nicht in der Lage, den öffentlichen Besitz so in Stand zu halten, wie es nötig wäre. Die Eigenanstrengungen beim Sparen sind aber aus grüner Sicht der richtige Weg, auch wenn sie für viele Menschen mit



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Zumutungen und Belastungen verbunden sind. Der Weg führt hinaus aus der Schuldenklemme mit dem Ziel eines handlungsfähigen Staates, der nicht von den Finanzmärkten und Kreditgebern abhängig ist, eines Staates, dessen Einnahmen nicht als Zinsen an die Banken gehen, sondern für Kitas, Schulen, wirtschaftliche Infrastruktur, für die Sicherheit der BürgerInnen, für solidarische Hilfe und ökologische Erneuerung genutzt werden.

Neben den Haushaltsänderungsanträgen der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurden auch zwei damit verbundene inhaltliche Anträge verabschiedet:

- „Mehr qualifizierte Abschlüsse – Arbeitsförderung konsequent auf Armutsbekämpfung ausrichten“
- „Finanzierung von Polizeieinsätzen bei gewinnorientierten Großveranstaltungen“



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de